

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Andreas Krahl

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Tobias Reiß

Abg. Andreas Winhart

Abg. Horst Arnold

Abg. Martin Hagen

Abg. Markus Plenk

Abg. Peter Tomaschko

Abg. Christina Haubrich

Abg. Susann Enders

Abg. Bernhard Seidenath

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE
WÄHLER**

**"Mit Sicherheit zur Normalität: Heimat beschützen - Freiheit zurückgewinnen -
Corona besiegen!"**

Sie kennen das Prozedere. Pro Rednerin oder Redner stehen grundsätzlich 5 Minuten Redezeit zur Verfügung. Eine Rednerin oder ein Redner einer Fraktion kann 10 Minuten sprechen. Die fraktionslosen Kollegen können zwei Minuten reden. – Der erste Redner ist Herr Kollege Dr. Fabian Mehring. Herr Abgeordneter Dr. Mehring, Sie haben das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bayerns Kampf gegen Corona bleibt leider ein Marathon. Umso mehr ärgert es mich, dass wir in Bayern wegen der Verzögerungen bei der Beschaffung von Impfstoffen auf der europäischen Ebene und der Verzögerung der Zulassung der Tests auf der Bundesebene immer noch nicht in der Lage sind, in einen Endspurt überzugehen. Für uns als bayerische Landespolitikerinnen und Landespolitiker ist es nämlich deshalb umso herausfordernder, den weiteren Weg unserer Heimat, unseres Landes und seiner Menschen in den nächsten Wochen und Monaten zu gestalten. Eines ist dabei klar: Es ist wie bei einem echten Marathon, der Schmerz in Wirtschaft und Gesellschaft wird immer größer, während die Geduld spürbar an jedem weiteren Tag abnimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen deshalb diese Aktuelle Stunde zum Anlass nehmen, um mit Ihnen über den Fahrplan Bayerns in den nächsten Wochen und Monaten zu diskutieren. Für uns FREIE WÄHLER ist der politische Auftrag, der damit verbunden ist, eindeutig klar. Bis es endlich möglich ist, diese Pandemie final zu überwinden, diesen Wahnsinn final hinter uns zu lassen, über das Impfen, über geeignete Therapiestrategien, so lange ist es Auftrag der Politik, ein möglichst gutes Leben mit

dem Virus zu organisieren und dafür zu sorgen, dass der Anspruch an Sicherheit auf der einen Seite bestmöglich mit unseren Vorstellungen von Normalität und Freiheit auf der anderen Seite unter einen Hut gebracht werden kann. In anderen Worten formuliert, gilt es jetzt, das sicherzustellen, was wir im Titel dieser Aktuellen Stunde formuliert haben: Wir müssen unsere Heimat weiter gut schützen. Wir müssen aber auch zeitgleich dafür sorgen, dass überall dort, wo es verantwortbar scheint, Freiheit und Normalität zurückgewonnen werden können.

Wie dies bestmöglich gelingen kann, meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu haben wir FREIE WÄHLER in den letzten Wochen und Monaten eine ganze Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Einige davon will ich jetzt im Sinne eines Diskussionsanreizes für diese Aktuelle Stunde herausgreifen. Zum einen sind wir fest davon überzeugt: Jetzt gilt es, unser Instrumentarium im Kampf gegen Corona auf geeignete Weise weiterzuentwickeln. Wir dürfen nicht darin verharren, die Pandemie von heute gleichsam mit den Mitteln des letzten Jahres zu bekämpfen. Ja, der Lockdown ist ein wirkungsvolles, er ist ein unverzichtbares und wichtiges Mittel im Kampf gegen Corona. Das simple Zusperrern darf aber nicht auf Dauer unsere einzige Antwort auf das Infektionsgeschehen sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Trumpf, den wir neben dem Impfen schon heute in der Hand haben, um diesem Anspruch, Sicherheit und Normalität unter einen Hut zu bringen, gerecht zu werden, der besteht im Testen. Wir halten es deshalb für zwingend angezeigt, die Modellregionen und die Teststrategie jetzt auch konkret durchzuführen. Ein Sommertag im Jahr 2021 muss sich nach unserem Dafürhalten in Bayern so darstellen, dass man morgens aufsteht und sich testet. Idealerweise, auch das sollte im Jahr 2021 möglich sein, sollte man das negative Ergebnis des Testes digital einlesen. Dann sollte man mit diesem negativen Test nicht nur zur Arbeit gehen können, sondern man sollte in Regionen mit höherer Inzidenz auch in Präsenz beschult werden. Nach der Arbeit sollte man in den Biergarten gehen können, und nach dem Einkauf im Einzelhandel sollte

man auch die Gelegenheit haben, zu Sport, Kunst und Kultur zu gehen. Mit anderen Worten: Wir müssen in eine Situation gelangen, in der gilt: Wer über einen negativen Test nachweisen kann, dass er in den nächsten 24 Stunden niemanden mit Corona infizieren kann, der muss auch ein einigermaßen normales Leben genießen dürfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Analog zu diesem Rückgewinn von Freiheit und Normalität durch Tests verhält es sich nach fester Überzeugung von uns FREIEN WÄHLERN auch im Hinblick auf die Rechte derjenigen, die eine zweite Impfung hinter sich gebracht haben. Meine Damen und Herren, die Freiheit ist der Normalzustand in einer Demokratie. Sie kann vorübergehend eingeschränkt werden, etwa im Dienste des Schutzes höherer Güter, des Schutzes von Leib und Leben, wie das nun einmal im Rahmen dieser Pandemie nötig war. Sobald die Gründe dafür aber entfallen, muss diese Einschränkung unverzüglich wieder zurückgenommen werden. Die Rücknahme von Einschränkungen für zweifach Geimpfte ist, weiß Gott, kein Privileg, nein, sie ist die Wiederherstellung des Normalzustandes, und das ist in einer demokratischen Gesellschaft zwingend notwendig.

Über diesen Umgang mit Getesteten und Geimpften hinaus ist es nach Einschätzung von uns FREIEN WÄHLERN auch bedeutsam, dass es uns nicht nur gelingt, in den nächsten Wochen und Monaten unser Instrumentarium im Kampf gegen Corona weiterzuentwickeln, sondern auch, dass wir sorgsam im Sinne dessen, was beide Regierungsfractionen gemeinsam beantragt haben, über unsere Bewertungsgrundlage nachdenken. Sie alle haben es erlebt, wir erleben es jeden Montag wieder in der "Tagesschau". Gerade nach den Osterfeiertagen haben wir es ganz besonders erlebt: Vom RKI werden uns über die Nachrichten die jüngsten Zahlen kommuniziert. Immer am Montag wird gesagt – und auch nach den Osterfeiertagen wurde es kommuniziert –, dass das zwar die Zahlen sind, dass wir sie aber bitte nicht allzu ernst nehmen sollen, da es Meldeverzug gegeben habe, da weniger getestet worden sei, da diese Zahl also auch von weiteren Faktoren abhängt.

Umso absurder ist es, meine Damen und Herren, die gesamte Lebenswirklichkeit der Menschen in Bayern von dieser einen Zahl abhängig zu machen, von der wir wissen, dass sie dafür ungeeignet ist. Wir FREIEN WÄHLER sind fest überzeugt davon, dass wir ein Gesamtbild des Pandemiegeschehens brauchen. Die Inzidenzzahl ist dabei eine wichtige Kennziffer, wir müssen aber auch auf die Kapazitäten des Gesundheitssystems, auf die Positivrate der durchgeführten Tests und auf den R-Wert schauen. Wir brauchen ein gesamtheitliches Bild des Infektionsgeschehens, und so sieht das inzwischen auch die Wissenschaft. Letzte Woche durfte ich in einer Fernsehsendung diskutieren mit dem Ärztlichen Direktor des Augsburger Universitätsklinikums in meiner Heimat. Ich darf zitieren, was Prof. Beyer dazu zu sagen hatte. Prof. Beyer sagte, ich zitiere: Die Inzidenz per se ist nicht aussagekräftig. Sie ist nur dann aussagekräftig, wenn ich noch Zusatzinformationen habe.

Ich meine, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist Zeit, um gut durch die nächsten Wochen und Monate zu kommen. Das Credo des Hörens auf die Wissenschaft, das uns bisher so gut durch diese Krise getragen hat, sollten wir auch in dieser einen Frage zur Anwendung bringen. Lassen Sie uns auf diesen Mann hören, der jeden Tag in der Intensivstation steht. Lassen Sie uns diesen Ratschlag ernst nehmen und unseren Blick über die Inzidenzzahl hinaus richten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Tor zur Freiheit und zur Normalität besteht im Impfen. Deshalb ist es wichtig, dass es uns gelingt, über dieses Frühjahr und über diesen Sommer den rhetorisch angekündigten Impfturbo zu einem realen Impfturbo werden zu lassen. Derzeit hat Staatsminister Klaus Holetschek die Mittel dazu nicht in der Hand. Sobald aber genügend Impfstoff da ist, muss es uns in Bayern gelingen – und ich bin sicher, es wird uns gelingen –, von der aktuellen Mangelverwaltung umzustellen hin zu einem cleveren Masse-Management. Dazu wird es nach Ansicht von uns FREIEN WÄHLERN nötig sein, die Hausärzte so stark wie möglich in die Impfkampagne einzubeziehen; denn sie wissen, wo Not ist und wo so schnell wie

möglich geimpft werden muss. Darüber hinaus sollten wir uns sukzessive – der Staatsminister hat das angedeutet – von den starren Empfehlungen der Impfkommision lösen, sobald das möglich ist. Vor allen Dingen müssen wir aber eines tun: Wir müssen die Impfbürokratie abbauen. Wir wollen, dass unser medizinisches Fachpersonal im Sommer des Jahres 2021 nicht so viele Formulare unterschreibt, bis der Füller glüht, sondern so viele Menschen impft, bis die Impfnadel raucht. Das muss unser Ziel sein: Impfen bis die Schwarte kracht, denn das führt zu Freiheit und Normalität.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Um diesen bayerischen Weg, der skizziert worden ist, in den nächsten Wochen und Monate gehen zu können, halten wir FREIEN WÄHLER es für bedeutsam – und auch das ist kein Geheimnis –, jetzt nicht das Heft des Handelns aus der Hand zu geben. Wir sollten unsere Handlungskompetenz nicht ohne Not nach Berlin abtreten, wir sollten die Verantwortung für unser Land und seine Menschen nicht delegieren. Ich will es ausdrücklich sagen: Das hat nichts damit zu tun, dass man über eine Notbremse auf der einen Seite versus Lockerungen auf der anderen Seite diskutieren müsste. Es geht um etwas ganz anderes. Es geht darum: In dieser Phase der Corona-Pandemie sind wir so sehr wie nie zuvor in der Vergangenheit nicht einzig auf kluge, clevere politische Entscheidungen angewiesen, sondern vielmehr darauf, dass die Menschen diese Entscheidungen nachvollziehen können und sich an die von uns auferlegten Maßnahmen halten. Es geht um das Vertrauen der Menschen in die Politik. Wir im Freistaat Bayern, wir haben dieses Vertrauen der Menschen in die Politik. Nicht umsonst sind die Umfragewerte auf Bundesebene so, wie sie sind, auch wenn gestern Abend anders entschieden worden ist. Nicht umsonst hat sich die Bundesrepublik immer und immer wieder am bayerischen Weg orientiert. Wir waren die Benchmark für das Corona-Krisenmanagement. Wir sind immer wieder vorangegangen. Der Bund ist dann eingeschwenkt auf den bayerischen Weg, sodass es nun gerade gar keinen Grund gibt, unser bayerisches Licht unter den Scheffel zu stellen. Dort, wo Vertrauen kaputtgegangen ist durch Testdebakel, Impfdebakel und das Chaos um die Osterruhe,

geht es nicht darum, noch mehr Verantwortung abzuladen. Wir müssen Bayerns Weg nicht verlassen, um uns auf den kleinsten gemeinsamen Nenner der deutschen Länder zu reduzieren. Wir sollten vielmehr selbstbewusst weiterhin das Heft des Handelns in der Hand behalten und vielmehr das tun, was das Beste für unser Land und seine Menschen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Also Mut zu Öffnungen mit Tests, Mut zu einer engagierten Impfkampagne, das Heft des Handelns in Bayern behalten – das ist die Sichtweise von uns FREIEN WÄHLERN im Hinblick auf den Fahrplan der nächsten Woche. Wir freuen uns jetzt auf die Diskussion mit Ihnen über weitere Ideen dazu, um das tun zu können, was wir in Bayern schon seit einem Jahr mit großem Erfolg tun, nämlich unser Land und dessen Menschen bestmöglich durch die größte Herausforderung der Nachkriegszeit zu geleiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mehring. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich die Kolleginnen und Kollegen von der AfD-Fraktion darum bitten, den Aushang abzunehmen. Diese Glaswände sind Schutzgläser gegen Corona und keine Plakataushängewände für persönliche Ansichten. Bitte tun Sie das runter; ich müsste sonst den Ältestenrat einberufen, weil ich darin eine Störung der Ordnung sehe.

(Zuruf)

Ich würde Sie darum bitten, diese Aushänge runter zu tun. Ich möchte das jetzt nicht

(Zuruf)

groß zum Thema machen. Bitte tun Sie das runter! Ansonsten machen wir eine Ältestenratssitzung. Es ist so: Diese Glaswände sind keine Plakataushängewände für die Fraktionen. Bitte tun Sie das runter!

(Zuruf)

Ich habe Sie jetzt zum zweiten Mal aufgefordert. Ich fordere Sie jetzt ein drittes Mal auf: Ich bitte darum, diesen Aushang abzunehmen. Wenn das nicht gemacht wird, werde ich die Sitzung unterbrechen und den Ältestenrat einberufen. – Damit ist die Sitzung unterbrochen, und der Ältestenrat tritt zusammen.

(Unterbrechung von 15:21 bis 15:50 Uhr)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf die Sitzung wieder aufnehmen, nachdem der Ältestenrat getagt hat. Ich weise auf Folgendes hin: Das Wort "Parlament" kommt vom lateinischen *parlare*. *Parlare* heißt reden. Die Form des Meinungsaustausches in einem Parlament ist das Reden, nicht das Zeigen von Transparenten. Ich sage das mit aller Klarheit, weil es keine Einschränkung der Meinungsfreiheit ist, wenn man das Aufhängen von Transparenten untersagt. Wie gesagt: Das Reden ist das Wesen eines Parlaments.

Vorhin wurden Transparente auf den Glasscheiben aufgehängt, die eigentlich dem Infektionsschutz dienen. Das Aufhängen von Transparenten ist aus unterschiedlichsten Gründen unzulässig. Ich weise darauf hin, dass diese Transparente auf den Scheiben trotz meiner dreimaligen Aufforderung nicht abgenommen worden sind. Der Ältestenrat ist zur Auffassung gekommen – das ist auch meine Auffassung als sitzungsleitender Präsident gewesen –, dass dadurch die Ordnung des Landtags gestört wurde. Ich werde deshalb allen Beteiligten eine Rüge erteilen. Im Augenblick werden die Namen derer erfasst, die das Transparent aufgehängt und nicht wieder abgehängt haben und die dafür eine Rüge erhalten.

Der Ältestenrat ist auch zu der Auffassung gekommen, dass es auch in Zukunft generell zu unterlassen ist, diese Glaswände zum Aufhängen von Transparenten zu nutzen. Ich glaube, dass die Mehrheit in diesem Parlament dies auch so sieht.

Ich werde später noch die Namen bekannt geben und diesen Kolleginnen und Kollegen eine Rüge erteilen.

(Beifall – Zurufe – Unruhe)

– Bitte, Sie haben nicht das Wort. Nein, Sie haben nicht das Wort. Es gibt eine Wortmeldung bei der Fraktion der CSU. Die Worterteilung ist aber nicht möglich. Es tut mir leid.

Wir fahren mit der Tagesordnung fort und nehmen die Aktuelle Stunde zum Thema "Mit Sicherheit zur Normalität: Heimat beschützen – Freiheit zurückgewinnen – Corona besiegen!" wieder auf. – Ich werde später noch einmal unterbrechen, wenn die Namen bekannt sind. Der zweite Redner nach Herrn Dr. Fabian Mehring ist Herr Andreas Krahl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Abgeordneter Krahl.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle darf sich die AfD-Fraktion ausdrücklich nicht angesprochen fühlen.

Die Menschen in Bayern sind müde. Die Menschen in Bayern sind aber nicht nur müde, sondern auch frustriert und zutiefst verunsichert. Schon längst zählt niemand mehr die Änderungen der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung mit, und schon längst blickt niemand mehr durch.

Eltern erfahren am Freitagabend per E-Mail, ob und wie am darauffolgenden Montag der Unterricht stattfindet oder die Kinder betreut werden können. Schulleitungen verweisen mittlerweile entnervt auf die Presse, weil sie selbst auch nicht schneller erfahren, was sie als Nächstes umsetzen müssen. In den Pflegeeinrichtungen haben die

Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Mitarbeiter zwar längst Impfangebote erhalten, aber an den Einschränkungen ändert sich dort viel zu wenig.

Jede Diskussion um Öffnungen von Skiliften oder Baumärkten wird hier mittlerweile dynamischer vorangetrieben als die über die vulnerabelsten Gruppen in unserer Gesellschaft. Wer ständig nur ruft: "Folgt mir! Ich weiß auch nicht, wo es langgeht", der muss sich unterm Strich nicht wundern, wenn immer weniger Menschen bereit sind, den planlosen Zickzackkurs mitzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen in Bayern haben Besseres verdient, als sich zwischen den Profilierungsbedürfnissen karriereorientierter Ministerpräsidenten aufreiben zu lassen. Sie brauchen Perspektiven. Sie brauchen Sicherheit und endlich eine klare und nachvollziehbare Kommunikation. Sie brauchen Regeln, die für alle gelten, Regeln, die alle nachvollziehen können, und Regeln, deren Durchsetzung Hoffnung gibt. Es braucht Hoffnung für die Eltern, die Kinder, die Jugendlichen, die Hochbetagten, die Angestellten, die Selbstständigen, die Kulturschaffenden, die Gastronomen und Gastronominnen und nicht zuletzt für die, die in den Kliniken und in den Langzeiteinrichtungen um jedes einzelne Leben von Erkrankten kämpfen und längst über den Rand der Erschöpfung hinaus sind.

Jetzt, auf dem Scheitelpunkt der dritten Welle, brauchen die Menschen auch Vertrauen. Sie brauchen Vertrauen, dass ihre demokratisch gewählten Vertreter und Vertreterinnen keine – ich betone noch einmal: keine – größeren Sorgen haben, als sie möglichst klar und gut durch diese Krise zu navigieren.

Ich betone mit Blick auf den Kollegen Mehring explizit, dass das mit einer bundeseinheitlichen Lösung erfolgen muss. Stattdessen klagen die FREIEN WÄHLER jetzt in Karlsruhe gegen diejenigen Entscheidungen, die in Berlin getroffen worden sind, aber von ihnen selbst in München als Teil der Regierungskoalition mitbeschlossen worden sind und die sie jetzt sogar noch verschärfen wollen. Auf der anderen Seite lässt die

CSU wegen 60 Minuten hin oder her bei der Ausgangssperre ihre Muskeln spielen. Zu allem Überfluss tragen die Regierungsfaktionen diese Machtkämpfe auch noch öffentlich aus. Genau das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, verspielt den letzten Rest an Vertrauen und ist der Regierungsfaktionen hier nicht würdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir reden heute über Sicherheit, Normalität, Heimat und Freiheit. Liebe FREIE WÄHLER, das ist ein Titel wie aus dem Framing-Handbuch für Plattitüden.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Wir GRÜNE fordern stattdessen seit Monaten Perspektiven, Transparenz und Schutz für alle Menschen im realen Leben. Wir meinen mit "Perspektiven" sicherlich nicht irgendwelche Öffnungswettbewerbe, bei denen den Menschen gewissermaßen hier und da irgendwie ein Zuckerl vor die Nase gehalten oder hingeworfen wird, sondern wir meinen einen klaren Fahrplan mit eindeutig nachvollziehbaren Wenn-dann-Regelungen. Übrigens fordern wir das nicht zum ersten Mal hier im Landtag! Bei diesen Regelungen stehen für uns der Schutz der Gesundheit und der des Gesundheitssystems vor dem Kollaps ganz eindeutig im Fokus.

Die FREIEN WÄHLER fordern jetzt schon lange, dass insbesondere auch die Auslastung der Intensivstationen mehr in den Fokus genommen wird. Na gut, dann schauen wir uns doch einmal auf den Intensivstationen um: Diese sind mittlerweile so voll mit Patienten belegt, dass sie sich mittlerweile bei den Rettungsleitstellen abmelden und sich an dieses Hohe Haus wenden, damit wir endlich andere Maßnahmen einleiten, um dieser Überlastungssituation Herr zu werden. Wohin soll denn der Notfallsanitäter oder die Notfallsanitäterin in der nächsten Schicht die Patienten mit einem Herzinfarkt oder die Opfer eines Unfalls bringen? Die Intensivstationen sind in dieser Stunde fast voll mit Menschen, die intubiert und in Bauchlage beatmet werden müssen.

Herr Kollege Mehring, ich darf Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, dass es weder für die Patientinnen und Patienten noch für das ganze medizinische Personal normal ist, dass man einen Menschen nach 48 Stunden in Bauchlage wieder umdreht und sich dann um die vollkommen zugeschwellenen Augen kümmert und die Spucke, den Schleim und die Körperflüssigkeiten aus Tubus, Nase und von sonst irgendwo heraus-saugt, während die Katecholamine so angepasst werden müssen, dass er eben nicht reanimationsbedürftig wird. Wenn diese Patientinnen und Patienten den Kampf ums Überleben doch noch gewinnen, dann stehen sie nach dem Durchlittenen nicht einfach wieder auf und leben ihr Leben einfach so weiter.

In dieser dritten Welle sind diese Menschen, diese Patientinnen und Patienten im Durchschnitt 48 Jahre alt. Das sind junge Menschen, die irgendwo aus der Mitte des Lebens gerissen worden sind. Diese Menschen liegen Wochen oder Monate auf den Intensivstationen. Ihre Behandlung verlangt denen, die dort um ihr Leben kämpfen, alles ab!

Das Beatmungsmanagement eines COVID-19-Patienten lässt keinen Platz für Pausen. Während Pflegefachkräfte von der Pandemie vollkommen ausgelaugt ihrem Beruf den Rücken kehren, weil sie die physische und psychische Belastung schlichtweg nicht mehr aushalten, diskutieren wir heute ernsthaft über Normalität und Heimat. Für eine Pflegekraft ist seit einem Jahr überhaupt nichts mehr normal!

Ich darf anmerken: Schon vorher war dort nichts normal. Die Pflegekräfte sehen ihre Heimat maximal nach zwei Doppelschichten, wenn sie heimkommen und acht Stunden schlafen können. Diese Menschen wollen jetzt kein Zurück zur Normalität, weil sie sie von früher kennen. Da braucht man Modernisierung und neue Maßnahmen, damit wir diese Menschen in diesem Beruf halten, liebe FREIE WÄHLER. Das ist ein Schlag ins Gesicht für diese Berufsgruppe,

(Zuruf)

und das ist ein Schlag ins Gesicht für die Opfer dieser Pandemie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wollen Sie, liebe FREIE WÄHLER, das den Kindern, die in dieser Pandemie ihre Eltern verloren haben, eigentlich erklären, was Sie hier fordern?

(Zuruf)

Wollen Sie das wirklich? Wollen Sie das wirklich? Wollen Sie denen wirklich irgendwas von Biergärten erzählen, ihnen vorrechnen, wie viele Kumpel es sein dürfen und wie lang die Tische sein müssen, damit der Herr Aiwanger sämtliche Kumpel da hinsetzen kann? Das, liebe FREIE WÄHLER, wollen wir GRÜNEN sicherlich nicht. Wir wollen diesen Kindern Perspektiven geben, indem wir Familien, ihre Eltern, ihre Großeltern, ihre Onkel und Tanten auch wirklich schützen.

Wir sprechen uns an dieser Stelle klar und deutlich dafür aus, dass die Notbremse wirksam zu ziehen ist und dass diese lockeren, überflüssigen und total sinnlosen Öffnungen auch wieder zurückgenommen werden.

(Zuruf)

Dazu braucht es endlich eine Homeoffice-Pflicht überall dort, wo es wirklich funktioniert. Wir brauchen eine verbindliche Testpflicht dort, wo es nicht funktioniert, und Hygienemaßnahmen an den Arbeitsplätzen in Präsenz.

Alle Bereiche, auch die Wirtschaft, müssen endlich ihren Teil zur Eindämmung der Pandemie beitragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Fokus bei all diesen Maßnahmen muss auf der Auslastung des Gesundheitssystems und der Verfügbarkeit der Intensivversorgung liegen. Es braucht eine klare Kommunikation und Transparenz. Wir müssen den Menschen im Freistaat zeigen, dass es uns allen, uns allen hier im Haus – okay, die rechts außen mal ausgenommen, aber

uns Demokraten und Demokratinnen –, ernst ist, indem wir sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens einbeziehen

(Zuruf)

und auch klare Anforderungen außerhalb privater Einschränkungen stellen.

(Zuruf)

Daraus ergibt sich übrigens genug Arbeit für den Wirtschaftsminister der FREI-EN WÄHLER. In dieser Heimat, von der wir heute sprechen, warten nämlich die Solo-Selbstständigen, die Unternehmer und Unternehmerinnen, Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen immer noch auf die vollmundig zugesicherten Hilfen.

(Zurufe)

Wir müssen uns den schmerzlichen Aufgaben der Pandemie stellen, und zwar wir alle, damit die hier beschworene Normalität als Erstes – das ist jetzt der Punkt: als Erstes – für diejenigen zurückkehrt, die am meisten unter dieser Krise leiden. Das sind die ganz Jungen, das sind die Betagten, und das sind die Menschen, die ohne Unterstützung nicht durch den Alltag kommen. Erst danach, liebe FREIE WÄHLER und lieber Ministerpräsident Markus Söder, können wir uns über politische und private Eitelkeiten kümmern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Tobias Reiß von der CSU-Fraktion.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Freiheit zurückgewinnen" ist ein Motto dieser Aktuellen Stunde und "Corona besiegen" ein anderes. Ich glaube, das eint uns tatsächlich hier, jedenfalls ab diesem Gang nach links. Ich würde diesen Mottos in Anbetracht der Unterbrechung der heutigen Sitzung noch ein drittes hinzufügen wollen: Wir wollen auch Demokratie in dieser Situation verteidigen.

Wir spüren es allenthalben, und der Staatsminister des Innern hat es gestern bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes auch noch mal deutlich gemacht, was die "Passauer Neue Presse" heute titelt: "Corona ruft Demokratiefeinde auf den Plan." – Das haben wir heute wieder erlebt. Das kann, wie Joachim Herrmann es gestern formuliert hat, tatsächlich auch zur Gefahr werden.

Was die AfD hier heute wieder aufgeführt hat, gipfelt in einem Verhalten verschiedener AfD-Abgeordneter, insbesondere im Bundestag, die die Fragen des Infektionsschutzes und des Infektionsschutzgesetzes sowie die Regelungsebene Bund oder Länder mit dem Appell verbinden: "Vollendung totalitären Staates verhindern" und dazu aufrufen, Parlamentarier wie uns, insbesondere die MdB, zuzuspamen.

Ich glaube, da gibt es nur ein Gegenrezept. Das ist, souverän bleiben, seriös bleiben und ernst bleiben, Herr Kollege Krahl. Ich glaube, es ist uns allen ernst mit der Bekämpfung dieser Pandemie. Da geht es auch nicht um Wortklauberei.

Ich bin natürlich auch davon überzeugt, dass die Frage der Inzidenz am Ende in den Einzelheiten nicht das Entscheidende ist. Ich glaube, wichtiger als Inzidenz ist Konsequenz. Ich glaube, da sind wir uns auch alle einig. Wir müssen das Heft des Handelns hier in der Hand behalten. Aber natürlich darf dort, wo beispielsweise der Bund zuständig ist, auch der Bund handeln.

Wir haben hier, lieber Kollege Arnold, ja schon oft diskutiert, wer denn nach dem Grundgesetz zuständig ist. Wir wollten den Parlamentarismus stärken. Wenn der Bund, wenn unsere Kolleginnen und Kollegen diese Woche entsprechende Regelungen schaffen, dann können wir das nur begrüßen. Auch das stärkt das Vertrauen in die Politik. Ich glaube, da sind wir uns insgesamt einig. Es geht um die Frage: Was sind denn die richtigen Maßnahmen? Wo greifen wir an?

Da darf ich heute durchaus auch stolz aus meiner Heimat berichten: Der Landkreis Tirschenreuth war hier schon häufig Thema, er wurde schon häufig genannt. Wir waren in der ersten Welle leider mit einem Höchststand der 7-Tage-Inzidenz von über

500 konfrontiert. Auch dieses Jahr, schon am 09.02., also genau heute vor zehn Wochen, hatten wir den Höchstwert einer 7-Tage-Inzidenz von 393. Heute sind wir den sechsten Tag in Folge mit einer Inzidenz von 59 auf Platz eins in Bayern. Da kann man schon die Frage stellen: Woran liegt das?

Der Innenminister – ich habe ihn schon einmal zitiert – hat letzte Woche in einem Newsletter an die Landratsämter geschrieben: "Hoffentlich haben wir bald mehr Tirschenreuths in Bayern." – Dann bräuchten wir vielleicht auch nicht mehr Berlin für Bayern, sondern dann könnten wir weiter diese Kontrolle und diese Entwicklung selbst voranbringen. Der Innenminister schreibt in diesem Brief:

Das ist auch eines der Mirakel dieser Pandemie, das ich mir nicht so recht erklären kann, warum der letztes Jahr extrem gebeutelte Landkreis Tirschenreuth heute den besten Wert in ganz Bayern hat [...].

Ich kann das schon erklären. Das ist nämlich kein Wunder, sondern das ist harte Arbeit. Wir haben allein in diesem Jahr schon 120.000 Tests gemacht, und das bei 70.000 Einwohnern, zuzüglich Tests in Betrieben, in den Schulen und bei den Hausärzten. Wir haben die Grenzkontrollen eingeführt. Wir haben Test- und Hygienekonzepte in den Betrieben. Das Gewerbeaufsichtsamt geht bei uns auch raus und kontrolliert. Es ist auch wichtig, dass diese Dinge eingehalten werden.

Wir haben bei der Impfquote zwischenzeitlich fast 30 % bei der ersten Impfung erreicht. Ja, wir haben natürlich in Anbetracht dieser Erfahrungen auch eine disziplinierte Bevölkerung, die durchhält, die mitkämpft, die konsequent auch Kontakte vermeidet. Wenn es Kontakte gibt, dann werden die konsequent nachverfolgt. Unser Gesundheitsamt wurde von 18 auf 85 Mitarbeiter aufgestockt: konsequente Kontaktpersonennachverfolgung.

Also, man kann viel tun, und wir tun viel im Landkreis Tirschenreuth. Deshalb wünsche ich mir mit Joachim Herrmann: Hoffentlich haben wir bald mehr Tirschenreuths in Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Schicke Maske übrigens. Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bevölkerung in Bayern ist in Unruhe, genauso wie im Rest von Deutschland, vor dem, was morgen in Berlin beschlossen werden soll. Der geplante § 28b des Infektionsschutzgesetzes des Bundes wurde vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages massiv kritisiert. Gestern wurde das Gesetz von SPD und Union im Eilverfahren durch die Ausschüsse gewunken, wie wir von unseren Kollegen erfahren durften – zum Teil ohne jegliche Aussprache.

Ist der § 28b etwas Neues? – Nein, das ist er nicht. Denn in Bayern haben wir die besonders harten Regelungen wie die Ausgangssperre ja schon an der bayerischen Bevölkerung testen dürfen. Mitschuldig – und das sage ich ganz offen und ehrlich auch in diesem Tonfall – sind die FREIEN WÄHLER, welche heute in der Aktuellen Stunde über "Freiheit zurückgewinnen" sprechen wollen. Die angekündigte Klage von Herrn Aiwanger ist da blanker Hohn. Sie hätten längst in Bayern anders handeln können und müssen.

Widmen wir uns nun im Detail dem Thema der Aktuellen Stunde. Sie schreiben unter anderem: "Corona besiegen!" Da darf man schon mal nachfragen: Was ist denn der Sieg? – Eine Inzidenz unter 100? Eine Inzidenz unter 50 oder 35 oder gleich "Zero Covid", wie es sich vielleicht die Lockdown-Enthusiasten wünschen? Was definieren Sie denn als Sieg über Corona? – Eine Ausrottung des Virus wie bei den Pocken? Was machen Sie dann mit den zahlreichen Mutanten? Zählen die dann auch mit? – Um ehrlich zu sein, und wenn Sie ehrlich zu sich selbst sind, präsentieren Sie, liebe FREIE WÄHLER, heute wieder Worthülsen.

Genauso geht es weiter: "Freiheit zurückgewinnen" habe ich vorhin schon erwähnt. Haben Sie denn schon vergessen, wer der bayerischen Bevölkerung die Freiheit genommen hat? – Richtig, das war die Bayern-Koalition von Corona-Kini Markus und dem Masken-Prinzen Hubert. Das sind Ihre Leute, die das in Bayern gemacht haben, mit Duldung Ihrer Fraktion, der Fraktion der CSU und ihren ganzen Maskendeal-Einfädlern. Nichts ist mehr geblieben von der bayerischen Gelassenheit, von der Liberalitas Bavariae, von leben und leben lassen. Unbayerisch sind Ihr Verhalten und Ihre Politik. Fast schon preußisch, wie Befehlsgehorsam gegenüber dem Kanzleramt. Sie sind Erfüllungsgehilfen der Berliner Oligarchie, der 16 Ministerpräsidenten plus Kanzlerin, nur um das ganz persönliche Karriereinteresse des Ministerpräsidenten zum Ziel zu haben; und das hat sich heute auch noch in Luft aufgelöst.

(Beifall bei der AfD)

Sie sprechen von "Heimat beschützen". Wie viele Flugzeuge aus China, Iran und Norditalien sind denn zu Beginn der Krise noch in München und Nürnberg gelandet? – Sie durften alle rein. Nur der Einheimische soll nicht nach Mallorca. Er darf auch nicht nach Österreich zum Skifahren. Die bayerische Bevölkerung darf zwar arbeiten gehen, aber das Feierabendbier mit den Kollegen geht schon wieder zu weit.

Ich frage Sie: Wie viele Infektionen haben denn jetzt Ihre nächtlichen Ausgangssperren der vergangenen Monate verhindert? Warum ist das nächtliche Gassigehen mit dem Hund erlaubt und scheinbar weniger ansteckend, als wenn jemand nachts alleine eine Runde um den Block geht?

Ich frage Sie weiter: Warum ist Bayern in Sachen Corona kein Musterbeispiel dank Ihrer FFP2-Maskenpflicht, die wir nur hier haben? – Liegt es vielleicht einfach daran, dass gar keine Masken zu tragen den gleichen Effekt hat? Warum aber machen andere Länder auf, während Bayern sich vor dem Super-, Mega-, Wellenbrecher-, Hardcore-, Kanzlerinnen-Lockdown fürchtet? – Kann es etwa sein, dass Ihr "Beschützen" in einer Corona-Hysterie endet, wenn sich jetzt schon, wie in Rosenheim passiert, ein

Kreistagskandidat als falscher Arzt in Impfzentren reinmogelt, nur damit ganz schnell geimpft wird?

"Heimat beschützen" heißt nicht nur, sich jede Woche neue Corona-Maßnahmen einfallen zu lassen; es gehört auch eine gewisse Reflexion dazu. Da muss man leider feststellen, dass es nicht gelungen ist, die Risikogruppen ausreichend zu schützen. Stattdessen hat man dem Rest der Bevölkerung mit zu viel Sicherheit – Masken, Tests, Kontaktverbote, Ausgangssperren und anderem – die Luft zum Atmen genommen.

Das ist nicht die Sicherheit, die uns zur Normalität führen wird. Es sind die Grundrechte, welche diese widerspiegeln: Normal sind Berufs- und Reisefreiheit, und zwar ohne Tests und ohne Impfpass. Normal ist ein Besuch unter Freunden und in der Familie, ohne staatliche Reglementierung. Normal ist, dass die Kinder in die Kita und in die Schule gehen können. Normal sind der Sport im Verein und die Traditionspflege in den Vereinen. Das, was Sie veranstalten, ist nicht normal. Das, was die AfD fordert, das ist Deutschland, das ist Bayern, aber normal.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Horst Arnold von der SPD-Fraktion. Herr Arnold, bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicherheit, Normalität, Heimat, Freiheit, Corona: Das sind starke Begriffe, liebe FREIE WÄHLER. Aber mal ganz ehrlich: Diese Begriffe schlüssig in einen politischen, konzeptionellen Zusammenhang zu bringen, haben Sie heute nicht geschafft und schaffen Sie auch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen auch, warum: Weil man nicht weiß, wo Sie hinwollen und wofür Sie eigentlich verantwortlich stehen. Sie nennen sich Regierungskoalition und setzen per-

manent Nadelstiche – um nicht zu sagen: Backpfeifen – gegen die eigene Staatsregierung. Meine Damen, meine Herren, Geschlossenheit sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Während der Ministerpräsident bis heute Morgen vergeblich um die Kanzlerkandidatur kämpfte, wurde er indes nicht müde, in den letzten Tagen anzukündigen und zu geloben, dass der Freistaat die fast vorbehaltlose Gefolgschaft für eine bundeseinheitliche Regelung gewährleistet. Zeitgleich kündigt sein Stellvertreter als Bundesvorsitzender seiner Partei Verfassungsklage an. Ja, wie sieht das dann jetzt aus, wenn das Kabinett tagt? Ist das Arbeitsteilung, oder nehmen Sie da einen Persönlichkeitswandel vor? Haben Sie ein Alter Ego, wie Dr. Jekyll und Mr. Hyde? – Normal ist das nicht.

(Beifall bei der SPD)

In Ihrer Pressemitteilung von heute ziehen Sie die Begriffe "Impfdesaster", "Testdebakel", "Chaos um Osterruhe" heran. Dies sei kein Grund, den Berliner Bock zum Gärtner zu machen. Aber hallo, Leute: Wo war denn dieses Testdebakel? – Kein Wort kam von Ihrer Seite in der Ausschusssitzung des Gesundheitsausschusses im August zu diesem Debakel. Vollkommen nichtbeteiligt. Kein Wort in diesem Zusammenhang auch dazu, dass derjenige, der als angeblicher Berliner Bock hier in der Ministerpräsidentenrunde verantwortlich die Beschlüsse mitverkündet hat, Ihr Ministerpräsident, unser Ministerpräsident ist. Das ist inkonsequent.

(Beifall bei der SPD)

Weiterhin sagen Sie, dass Sie keinen "Oberschiedsrichter" brauchen, der von der Spree mit dem Ofenrohr ins bayerische Gebirge schaut. Offenbar ist das eine Sequenz aus einem Heimatfilm in Orange, "Wischmopp und Lederhosen". In der Tat nehmen Sie aber wohl die Milliarden, die Wirtschaftshilfen, die aus Berlin kommen, stecken sie sich schmückend an den Hut und sagen: Wenn was schiefgeht, ist es wieder Berlin. – Das ist nicht seriös.

(Beifall bei der SPD)

Was den Vollzug des Impfens anbetrifft, sagen Sie heute – Sie, Herr Mehring, haben das selber gesagt –: Impfen, bis die Nadel glüht! – Sie wissen aber doch, wer die Impfung zu vollziehen hat: Das ist niemand anderes als die Bundesländer. Sie sind an der Regierung. Dann helfen Sie doch mit, dass die Nadel glüht! Aber hoffentlich nur bei einmaligem Gebrauch. Denn eine Nadel funktioniert nur für einen Impfvorgang. Die Äußerungen, die Sie in dem Zusammenhang zum Besten geben, haben offenbar die Erwartung, die von Ihnen heiß begehrte Biergartensaison zu eröffnen. Seriös ist das nicht.

Weiterhin verkündet Ihr stellvertretender Ministerpräsident, dass negativ getestet heiße: Runter mit der Maske! Das ist eine in ihrer Signalität gefährliche Äußerung. Denn dadurch wird nicht Sicherheit geschaffen, sondern es wird verunsichert, es wird Verwirrung gestiftet, und das bei den heutigen Inzidenzzahlen. So geht das nicht, solche Forderungen zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Unser Kultusminister verkündet angesichts der zu erwartenden Inzidenzzahlen, dass er abwarten möchte, und sorgt mit Sicherheit mit kurzfristigen und bürokratischen Informationen an Schulleitungen am Freitag wieder dafür, dass Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Eltern, aber auch die Sachaufwandsträger wieder einmal vor Zumutungen stehen und alleingelassen werden damit, wie die nächste Schulwoche zu gestalten ist.

Es mutet schon seltsam an, dass der stellvertretende Ministerpräsident an Diskussionsveranstaltungen zum Thema "Lasst uns öffnen!" teilnimmt, zusammen mit dem Kollegen Hagen. Das darf er tun, das ist Freiheit. Aber Geschlossenheit ist das nicht, eine Geschlossenheit, die man von der Exekutive erwarten kann.

(Beifall bei der SPD)

Ja, wir sind schon lange für entsprechende Öffnungsperspektiven. Dafür braucht es verlässliche Test-, Impf- und Hygienekonzepte und eine digitale Nachverfolgungsstrategie. Das haben wir alles schon besprochen, alles eingefordert, und es ist wenig geschehen. Wir helfen natürlich dabei, dass es in diesem Zusammenhang weitergeht. Aber so einfach, wie Sie es sich hier machen, mit einer Aktuellen Stunde eine Wohlfühlsituation mit aneinander gereihten Begrifflichkeiten ohne Zusammenhang zu schaffen, kann man es Ihnen nicht durchgehen lassen. Sie sind Regierungskoalition. Verhalten Sie sich dementsprechend. Führen Sie sich nicht immer so auf, als ob Sie kleine Spechte wären, die immer gegen den Baum klopfen. Dies führt nämlich wirklich nicht zur Geschlossenheit, die man aber in solchen Krisenzeiten von einer Staatsregierung erwartet, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit.

Horst Arnold (SPD): – die dann hoffentlich auch konstruktiver Kritik vonseiten der Opposition zugänglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir danken den FREIEN WÄHLER für die Aktuelle Stunde, weil sie Gelegenheit gibt, heute auch einmal über das Infektionsschutzgesetz zu sprechen, das derzeit in Berlin beraten wird, ein Infektionsschutzgesetz, das wieder den Kardinalfehler begeht, ausschließlich auf die Inzidenzzahl als alleiniges Kriterium abzustellen, ein Kriterium, von dem die meisten Experten sagen, dass es untauglich ist, zumal es immer mehr an Aussagekraft verliert, wenn eine immer größere Zahl der Menschen gerade aus den Risikogruppen geimpft ist.

Es ist abzulehnen, weil es nach wie vor auf die Ausgangsbeschränkungen setzt und diese Maßnahme bundesweit festschreiben will – ein Mittel, das unverhältnismäßig ist, ein Mittel, das auch aus epidemiologischer Sicht höchst zweifelhaft ist. Es gibt Studien, die nahelegen, dass Ausgangsbeschränkungen eher einen negativen als einen positiven Effekt haben, weil es die Leute aus den sicheren Außenräumen mit frischer Luft in die Innenräume, ins Private treibt. Das Gesetz lässt auch nach wie vor keine Möglichkeit für testbasierte Öffnungen, weil es den Fortschritt, innovative Lösungen zu finden, komplett ausklammert und weil es das Instrument, das wir seit einem halben Jahr anwenden, nämlich den Lockdown, einfach nur für die Zukunft fortschreibt.

Deswegen Danke an die FREIEN WÄHLER für die Aktuelle Stunde. Sie haben sich ja sehr gegen das Infektionsschutzgesetz starkgemacht und sogar angekündigt, eine Klage dagegen anzustrengen. Das trifft auf unsere Sympathie. Auch die FDP hat angekündigt, gegen das Infektionsschutzgesetz zu klagen, auch wenn wir, anders als die FREIEN WÄHLER, konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht haben. Dies ist eben unser konstruktiver Ansatz. Aber sei es drum.

Wenn Sie Kritik an dem Infektionsschutzgesetz formulieren, finden wir dies zunächst einmal gut; wenn wir uns aber genau ansehen, was in diesem Gesetz steht, stellen wir fest, dass fast alles, was jetzt auf Bundesebene geregelt werden soll, in Bayern mit Zustimmung der FREIEN WÄHLER längst umgesetzt ist und dass das Infektionsschutzgesetz, wenn Sie es in Bayern eins zu eins umsetzen, sogar noch eine Erleichterung, also eine Lockerung, bringen würde. Ich mache das einmal exemplarisch fest. Stichwort: Ausgangssperre nach 22 Uhr. In Bayern gilt diese absolut; im Infektionsschutzgesetz des Bundes gibt es jetzt immerhin Ausnahmen für das Joggen und das Spaziergehen. Stichwort: Schule. Nach dem Infektionsschutzgesetz des Bundes sollen die Schulen ab einem Inzidenzwert von 165 schließen; in Bayern sind sie bereits ab einer Inzidenz von 100 geschlossen. Stichwort: Click and Meet. Nach dem Bundesinfektionsschutzgesetz bis zu einer Inzidenz von 150 erlaubt, in Bayern bereits ab einer Inzidenz von 100 verboten. Stichwort: Zoos und Botanische Gärten. Nach

dem Infektionsschutzgesetz für Personen mit negativem Testergebnis geöffnet, in Bayern geschlossen. Stichwort: Sport für Kinder. Das Infektionsschutzgesetz des Bundes sieht vor, dass dieser in Gruppen bis zu fünf Kindern möglich sein soll; in Bayern ist er nach Ihrer Verordnung komplett verboten.

Meine Damen und Herren, Sie haben mit den bayerischen Verordnungen, denen Sie im Kabinett und hier im Bayerischen Landtag immer zugestimmt haben, ein Regelwerk geschaffen, das in vielen Teilen identisch mit dem Gesetz auf Bundesebene ist, das Sie jetzt ablehnen und gegen das Sie sogar klagen wollen, und das in einigen Bereichen sogar noch schärfer ist. Insofern haben Sie jegliche Glaubwürdigkeit verspielt, wenn Sie über dieses Thema sprechen. Sie sind diejenigen, die schon, bevor Sie lospringen, wissen, dass Sie am Ende als Söders Bettvorleger landen werden.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie hier Bayern als Benchmark der Corona-Politik darstellen, lieber Fabian, lieber Kollege Mehring, dann muss man doch sagen: Bayern ist momentan an drittletzter Stelle, was die Infektionen angeht. Während der Pandemie war es ja meistens so, dass wir nicht Benchmark in dem Sinn waren, dass wir hier effiziente und die effektivsten Regeln hatten – nein, in Deutschland gehören wir eher zu den Schlusslichtern. Das zeigt auch, dass die Politik nicht in entsprechendem Maße wirkt.

Jetzt haben wir hier von den GRÜNEN zu den positiven Forderungen, die Sie von den FREIEN WÄHLERN erhoben haben – wir wollen auch einmal loben –, gehört, das sei ein Schlag ins Gesicht angesichts des Infektionsgeschehens und angesichts der dritten Welle, in der wir uns befinden; es sei ein Schlag ins Gesicht, über die Rückkehr zur Normalität und zur Freiheit zu sprechen. Verehrte GRÜNE, das mag Ihrem Verständnis als Verbotspartei entsprechen, aber nein: Das ist nicht ein Schlag ins Gesicht, sondern es ist unsere Pflicht als Abgeordnete, wenn wir Grundrechte einschränken, jederzeit auch wieder darüber zu sprechen, wie wir diese Einschränkungen zurücknehmen können. Das ist unsere Pflicht als Abgeordnete.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich können Sie sich darüber lustig machen, dass man hier über die Öffnung von Biergärten spricht; das stehe auf der Prioritätenliste nicht ganz oben. Der Punkt ist aber folgender: Wenn uns die Aerosolforscher sagen, dass es an der frischen Luft kein oder nur ein äußerst geringes Infektionsrisiko gibt, dann ist einfach keine wissenschaftliche Grundlage vorhanden, um die Außengastronomie weiterhin geschlossen zu halten. Es geht nicht darum, ob das Priorität hat, sondern es geht darum, dass wir keine Bereiche schließen, wenn dies aus wissenschaftlicher Sicht nicht angezeigt ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir können nur davor warnen, hier die Extrempositionen zum Maßstab der Politik zu machen. Dies gilt für die Extremposition der Corona-Leugner, die so tun, als gäbe es das Virus nicht; das gilt aber genauso für die Extremposition derer, die so tun, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit.

Martin Hagen (FDP): – als könnten wir dieses Virus aus der Welt schaffen, wenn wir uns nur noch ein bisschen weiter selbst kasteien.

Ein Weg mit Maß und Mitte – das ist der Weg der Freien Demokraten, der Weg, der auch von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Die FREIEN WÄHLER wollen eine sichere Rückkehr zur Freiheit und zur Normalität. Mit der aktuell von der Bundesregierung und insbesondere der

CSU angestrebten Verschärfung des Bundesinfektionsschutzgesetzes passiert jedoch genau das Gegenteil.

Herr Söder meinte vor einigen Wochen: Zumachen erfordert Mut, Öffnen erfordert Klugheit. Ich sage Ihnen: Den aktuellen Lockdown mit vielen ungeeigneten Maßnahmen und vermeidbaren Kollateralschäden zu verschärfen und fortzusetzen, ist feige und dumm. Bayerische Politopportunisten, die ausschließlich ihre ganz persönlichen Ziele verfolgen, sind eben nicht in der Lage, eine Krise im Sinne der Bürger zu meistern.

Mutig und klug sind andere, die wesentlich besser durch die Krise kommen, beispielsweise Texas und Florida, wo seit 10. März die Maßnahmen komplett aufgehoben wurden. In Texas gehen die Menschen wieder ihrem normalen Leben nach, ohne sinnlose Einschränkungen, mit Eigenverantwortung und trotz Öffnungen, natürlich auch mit einem Schutz der Risikogruppen. Dort finden sogar schon wieder Sportveranstaltungen mit Zuschauern statt.

Wer jetzt meint, das wären keine guten Beispiele, der kann auch in die Schweiz blicken: im Winter Skigebiete offen, jetzt mit Hygienemaßnahmen Außengastronomie und Sport im Freien erlaubt.

In all diesen Ländern bzw. Regionen gehen trotz der Lockerungen oder vielleicht gerade deshalb die Inzidenzwerte und die Zahl der schweren COVID-19-Verläufe zurück, und zwar schneller als bei uns.

Wenn Sie wirklich wollen, dass wir schnellstmöglich zur Normalität zurückkehren, dann verlassen Sie endlich Ihren Irrweg und Ihre ausschließliche Orientierung an fragwürdigen Inzidenzwerten. Ein guter Anfang wäre, Aktivitäten im Freien, vor allem Sport, ausdrücklich auch Mannschaftssport, wenigstens für die Kinder und Jugendlichen, ab sofort wieder uneingeschränkt stattfinden zu lassen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als nächster Redner kommt nun der Kollege Peter Tomaschko von der CSU-Fraktion.

Peter Tomaschko (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Hohes Haus! Gerade für Schule und Bildung muss gelten: Vorsicht mit Vernunft. Für uns als CSU-Fraktion hat der Gesundheitsschutz oberste Priorität – die Gesundheit unserer Kinder, der Lehrer und der Eltern.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Inzidenzwerte bei jungen Menschen sind mehr als besorgniserregend: bei den 15- bis 20-Jährigen von über 320, bei den 10- bis 14-Jährigen von beinahe 250, Tendenz steigend. Sie wissen auch, dass die Variante für Kinder und für Jugendliche wesentlich gefährlicher ist. Deshalb ist es uns wichtig, nochmals zu bekräftigen: Schule ist ein sicherer Ort des Lernens und des sozialen Miteinanders und muss es bleiben. Wir haben klare und verständliche Regelungen: Unter einer Inzidenz von 50 Präsenzunterricht für die Klassen 1 bis 4; bei einer Inzidenz bis 100 Wechselunterricht; bei einer Inzidenz von über 100 Distanz- und Wechselunterricht für Abschlussklassen. Diese klaren Regelungen geben Sicherheit, und sie laufen gut, auch wenn wir uns – ich schaue jetzt zu unserem Minister – noch etwas stärkere Unterstützung und die Einforderung von digitalem Unterricht bei den Schulen wünschen würden. Aber auch hier ein Dankeschön an den Minister. Mit dem neuen Videotool sind wir auf dem richtigen Weg, auf einem guten Weg, was von uns als CSU-Fraktion immer die Grundforderung war und jetzt so umgesetzt wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben sichere Hygienekonzepte: Abstand, Maske und vor allem verpflichtende Selbsttests. Es läuft gut, auch wenn – ich sage das jetzt in Klammern zum Kollegen Mehring, der das sicherlich in sein Zukunftskonzept aufnehmen wird – Regelungen nicht am Freitag für den folgenden Montag kommuniziert werden sollten.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Selbsttests geben Sicherheit. Der regelmäßige Test in kontrollierter Umgebung verhindert, dass sich die ansteckende Person

länger im Klassenzimmer aufhält. Die Lehrkräfte machen das ganz ausgezeichnet. Sie nehmen die Kinder mit und verhindern, dass Ängste entstehen. Ich habe das bei sehr vielen Schulen vor Ort angesehen und kann hier nur ein sehr großes Kompliment aussprechen. Die Rückmeldungen aus meinem Landkreis stammen von einem Lehrer, der sagt: absolut kein Problem bis zu einem Kind – ich habe es mir notiert –, das sagt: Nasenbohren ist cool. – Auch von den Kindern also die Rückmeldung. Ich kann von einer Schule sprechen, die in einem Testzentrum, in einer Teststrecke in der Turnhalle, auch 19 Eltern eingebunden hat. Sie waren richtig stolz, dass sie hier im Kampf gegen Corona mithelfen konnten.

Uns als CSU-Fraktion ist der Blick nach vorne ganz wichtig. Wir brauchen sehr schnell Unterstützungsmaßnahmen für Kinder mit Lernrückständen. Als CSU-Fraktion haben wir den Antrag "Bildungsgerechtigkeit durch zusätzliche Lernangebote sicherstellen" vorgebracht. Wir wissen auch: Lernrückstände gibt es vor allem dort, wo digitaler Unterricht nicht oder noch nicht so gut funktioniert. Deswegen auch hier weiterhin unsere Bitte an das Kultusministerium und an den Minister. Aber es ist ganz wichtig, dass wir Lernrückstände, wenn sie auftreten, sehr schnell beseitigen und den Kindern und Jugendlichen helfen.

Wir brauchen drei Maßnahmen: Wir brauchen noch in diesem Schuljahr Förderung und Begleitung – Förderunterricht, Ergänzungsunterricht, Intensivierungsstunden, Tutorenprogramm. Wir brauchen in den Ferien Intensivkurse, und wir brauchen für das nächste Schuljahr ab September eine ganz intensive Förderung für die Vorrücker auf Probe. Wir bitten auch – ich denke, da wird die Fraktion der FREIEN WÄHLER die Forderung der CSU gegenüber dem Kultusministerium unterstützen –, dass wir hier sehr schnell ein Konzept bekommen und das Konzept sehr schnell, am besten morgen, umgesetzt wird.

Abschließend geht mein herzliches Dankeschön an die gesamte Schulfamilie, an die Schüler, an die Eltern und an alle engagierten Lehrerinnen und Lehrer. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist nun die Kollegin Christina Haubrich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Inzidenzwerte steigen und steigen. Viele Intensivstationen sind an ihrer Belastungsgrenze. Und wie reagieren wir? – Viel zu langsam. Seit über einem Jahr hangeln wir uns jetzt von einem Lockdown zum anderen. Schon im Herbst wurde zu lange gewartet, bis endlich der Lockdown kam. Ich dachte eigentlich, dass wir alle aus dieser Fehleinschätzung gelernt hätten. Als es nach Wochen darum ging, mit einer durchdachten Strategie zu öffnen, ist auch diese Chance verpasst worden. Der zweite Schritt wurde vor dem ersten gemacht, ohne auf Warnungen der Wissenschaft vor der Ausbreitung der Mutationen zu hören. Die Folge: Die Inzidenzen sind in einer unglaublichen Geschwindigkeit nach oben gegangen.

Mitglieder Ihrer Partei meinen, die Kommunen kämen mit Inzidenzen von 200 gut zurecht. Wen meinen Sie da? Die Krankenhäuser, die Infizierten, die Gesundheitsämter, die all diese Infektionen und Kontakte nachvollziehen müssen? – Wir wissen alle, wie ansteckend die Mutationen sind. Auch große Teile der Bevölkerung wünschen sich strengere, dafür effektive Maßnahmen. Und was machen Sie? – Sie wollen klagen, anstatt sich auf wirksame Maßnahmen hier in Bayern zu konzentrieren. An jedem Tag, an dem wir jetzt nicht handeln, erkranken mehr Menschen, und es wird um Wochen länger dauern, bis wir die Infektionszahlen wieder gesenkt haben. Das schadet auch der Wirtschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen jetzt die konsequente Umsetzung einer Homeoffice- und Testpflicht für Betriebe, und zwar mit mindestens zwei Tests pro Woche. Sie sprechen in dieser schweren Phase allen Ernstes von "Modellprojekten" und "Öffnungen", wenn Eltern morgens ganz flau im Magen ist, wenn sie ihre Kinder in die Schule schicken. Begrei-

fen Sie endlich, dass wir den Mutationen etwas entgegensetzen müssen! Wir haben im Moment die Situation, dass an Fachoberschulen, Berufsoberschulen, Berufsschulen, Gymnasien und Realschulen Lehrer*innen täglich in Abschlussklassen mit Inzidenzen von weit über 200 Schüler*innen testen und unterrichten, ohne geimpft zu sein und ohne vernünftige Schutzkleidung zu haben. Wir müssen Schüler*innen und Lehrer*innen ausreichend schützen und Lehrkräfte impfen. Hier wäre schnelles Handeln angesagt. – Oder denken Sie an all die Menschen, die ihre Erstimpfung mit AstraZeneca erhalten haben und jetzt in den Impfzentren eine mRNA-Impfung erhalten sollen. Sie sind verunsichert. – Denken Sie an die Hausärzt*innen, die sich im Moment kurzfristig auf neue Liefermengen an Impfstoff einstellen müssen und deren Terminplanung gerade wahnsinnige Flexibilität beweist. Bitte planen Sie jetzt, wie Betriebsärzt*innen in der Impfstrategie vernünftig mit eingesetzt und eingeplant werden sollen. Das würde uns ein Stück weiterbringen.

Arbeiten Sie mit uns daran, die Inzidenzzahlen wieder nach unten zu bringen, anstatt wertvolle Zeit durch nicht zielführende Forderungen zu vergeuden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Entscheidend in der momentanen Situation ist auch, die Menschen, die mittlerweile pandemiemüde sind, mitzunehmen. Dafür braucht es klare, wissenschaftsbasierte Entscheidungen. Es ist noch einmal maximale Anstrengung gefragt; aber dann haben wir eine echte Perspektive. So lästig es ist: Wir müssen die dritte Welle brechen; denn nur, wenn wir niedrige Inzidenzen haben, wird sich die wachsende Immunität durch Impfungen auch bemerkbar machen. Kommunikation ist jetzt alles und wird unterwandert, indem hier der eine oder andere meint, ständig über Zugeständnisse sprechen zu müssen. Es braucht jetzt einheitliche Maßnahmen, und es braucht eine klare Kommunikation, natürlich mehrsprachig und barrierefrei. Deshalb fordern wir auf Bundesebene schon lange einen Pandemierat, der endlich einen einheitlichen Stufenplan entwickelt, damit Klarheit herrscht und damit Perspektive geschaffen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es immer wieder amüsant, wenn zum einen Herr Arnold kritisiert, dass wir mit dem Koalitionspartner nicht einer Meinung sind, und zum anderen die FDP kritisiert, dass wir im Gegenteil der nachplappernde Söder-Bettvorleger sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Hagen, man merkt Ihnen förmlich an, wie sehr Sie sich an die Zeit als Bettvorleger erinnern und diese vermissen. Das ist schon klar.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, seit einem Jahr bestimmt Corona unser Leben. Seit einem Jahr bestimmt Corona nicht nur hier in Bayern, sondern auf der ganzen Welt unseren Alltag. In den vergangenen Monaten mussten wir immer wieder über Anti-Corona-Maßnahmen und Einschränkungen neu entscheiden, um Menschenleben und Existenzen zu schützen. Denn seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges standen wir im Gesundheitsbereich vor keiner derartig unbekanntem und bedrohlichen Situation. Dementsprechend haben wir auch das Thema unserer heutigen Aktuellen Stunde ausgesucht. Der Titel "Mit Sicherheit zur Normalität: Heimat beschützen – Freiheit zurückgewinnen – Corona besiegen!" spricht für sich.

Ich glaube, für alle in diesem Hohen Haus sprechen zu können, wenn ich sage, dass die Sehnsucht nach Normalität unendlich groß ist. Wir müssen aber auf einem klar abgesteckten Kurs bleiben. Wir müssen und wollen diejenigen Schutzmaßnahmen, die effektiv und regional sinnvoll sind, beibehalten. Denn eines ist klar: So schnell werden wir Corona nicht los. Wir müssen lernen, Corona zu kontrollieren, mit Corona umzugehen, mit Corona zu leben, ohne die Gefahr, die vom Virus ausgeht, zu verharmlosen.

Ein Sieg über Corona ist auch der richtige Umgang mit dem Virus. Wir wollen dafür Perspektiven geben. Wir blicken mit Zuversicht nach vorne.

Unser Kurs in Bayern ist durchdacht und in Rückkopplung mit den Kommunen und Landkreisen durch die Erfahrungswerte der vergangenen Monate reflektiert. Dieser Kurs sollte auch weiterhin von München aus – und von unseren Kommunen vor Ort bewertet – mitbestimmt und nicht ständig durch die nächste Berliner Gründonnerstagsrunde durcheinander gewürfelt werden, meinen Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER kämpfen für die Anliegen der Menschen. Dabei haben gerade wir uns stets als der Bürgeranwalt Bayerns gezeigt, wie auch aktuell durch unsere, von Ihnen vielzitierte, geplante Verfassungsbeschwerde gegen die bundesweite Notbremsen-Regelung. Selbstverständlich bleiben so manche Dinge strittig, sei es der alleinige Fokus auf die 7-Tage-Inzidenz, seien es die Uhrzeiten der Ausgangssperren oder die gefühlt täglich neuen Regeln. Es ist unsere Aufgabe, darüber zu diskutieren und Schnittmengen zu finden. Das ist die Aufgabe von Parlamenten, von Parteien und unsere Aufgabe hier vor Ort in München. Wir müssen mit Öffnungsideen, Modellregionen, zusätzlichen Werten zur Inzidenz, um endlich ein objektives Abbild des tatsächlichen Infektionsgeschehens zu bekommen, mit Impfen und Testen zu planbaren Situationen und zu mehr Öffnungen kommen. Ein verlässliches Test-, Sicherheits- und Öffnungskonzept wie unser Bayernplan ist dazu unerlässlich.

Mein Resümee der vergangenen Monate: Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen entschieden. Wir konnten nicht alle Leben und nicht alle Existenzen retten. Wir haben sehr viele gute und auch ein paar schlechte Entscheidungen getroffen. Wir haben in allen Bereichen Menschen kennengelernt, die ihre ganze Kraft dafür einsetzen, die Herausforderungen der Pandemie zu meistern. Wir haben auch Menschen kennengelernt, die bei der Bewältigung der Krise vorrangig an ihren eigenen Geldbeutel dachten. Wir konnten das Virus nicht ausrotten. Jetzt müssen wir begreifen, dass

wir zumindest noch eine gewisse Zeit mit Corona leben müssen. Dabei klagen wir hier nicht gegen Maßnahmen, sondern gegen die Kompetenzverlagerung nach Berlin, weil unsere Kompetenz hier in Bayern, in unseren Landkreisen und in der Region liegt. Wir haben erkannt, dass gut gemeint in Berlin noch lange nicht gut für Bayern ist.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, passen Sie weiterhin gut auf sich und auf die Menschen hier im Freistaat Bayern auf und bleiben Sie vor allen Dingen schön negativ!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Mit Sicherheit zur Normalität: Heimat beschützen – Freiheit zurückgewinnen – Corona besiegen!" – das fasst die Politik der Staatsregierung hervorragend zusammen. Oder, wie es unser Ministerpräsident Markus Söder ausgedrückt hat: Vorsicht mit Perspektive, Perspektive mit Vorsicht. –Genau das ist der Titel der heutigen Aktuellen Stunde.

Die AfD, die sagt: "Grundrechte und Freiheit wahren!" darf ich daran erinnern: Auch Leben und Gesundheit sind Grundrechte. Genau diese schützen und wahren wir. Ich bitte darum, das nicht zu vergessen.

(Beifall bei der CSU)

Wir dürfen alle nicht vergessen, dass wir in einer extrem schwierigen Situation leben. Viele Menschen leiden ungemein unter der Situation. Sie sind des Virus überdrüssig und haben einen Lagerkoller entwickelt. Es gibt in vielen Bereichen existenzielle Probleme. Denken Sie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Flughafens, an die Messebauer und an die Schausteller; auch einigen Gastronomen und Hoteliers geht es überhaupt nicht gut. Ich habe neulich von einem Auszubildenden gehört, der Koch

lernt und seit einem Jahr nicht an seiner Arbeitsstelle sein konnte. Es gibt wirklich extreme Schicksale, die dieses Virus bewirkt hat, das als Naturgewalt über uns kam, nicht als Katastrophe, die von der Regierung gemacht wurde.

Wir sind inzwischen in der dritten Welle, korrekter ausgedrückt ist es so, wie es unser Gesundheitsminister Klaus Holetschek in der Regierungsbefragung gesagt hat: Es ist eine ganz neue Pandemie, die wir jetzt haben, in der die Intensivbetten wieder voll werden und bei der wir durch die britische Mutation, durch das Virus B.1.1.7, hohe Inzidenzen gerade bei den Jüngeren sehen. Die Ansteckungen sind aktuell diffus, und wir müssen alles daransetzen, Kontakte zu beschränken, Mobilität zu unterbinden und das Virus tatsächlich einzudämmen.

Die FREIEN WÄHLER haben die Konzepte, die wir haben und gemeinsam im Ministerrat beschlossen und gemeinsam in Dringlichkeitsanträgen zu jeder Regierungserklärung festgehalten haben, gut erklärt. So sind wir beide die Bürgeranwälte Bayerns und stehen in der Mitte unseres Landes, genau dort, wo die Menschen der Schuh drückt.

(Beifall bei der CSU)

Es geht immer darum, das Instrumentarium so zu entwickeln, wie es die Menschen brauchen. Ein schieres Zusperrern als normaler Lockdown bringt in der Tat nicht viel. Deswegen haben wir die neuen Möglichkeiten, die wir durch das Impfen und das Testen haben, eingesetzt, um wieder schrittweise in eine Normalität zurückzukehren. Mit dem Testen geht auch die Eigenverantwortung der Einzelnen einher, und ich darf daran erinnern, dass es gerade die von der CSU und den FREIEN WÄHLERN getragene Staatsregierung war, die bundesweit Schrittmacher für das Testen war.

Schon letztes Jahr im Sommerurlaub haben wir als Freistaat Bayern an den Grenzen getestet. Wir haben für andere Bundesländer mitgetestet. Ich erinnere mich daran, dass ich einmal in Bild-TV mit einer Frau aus Thüringen diskutieren durfte, die sagte, sie sei in Bayern getestet worden und habe in Thüringen einen zusätzlichen Test für

150 Euro machen müssen. In Bayern war der Test auch für die Menschen aus Thüringen kostenlos. Wir sind und waren die Schrittmacher. Wir setzen die Benchmark für die Bekämpfung von Corona.

Wir wissen noch nicht, ob die zweite Impfung ausreicht, um Lockerungen zu ermöglichen. Wir wissen nämlich noch nicht, ob das Virus in diesem Fall nicht doch noch übertragen werden kann. Es spricht einiges dagegen. Wenn sich das bewahrheitet, dann können wir das in der Tat machen und für sie Lockerungen ermöglichen. Wir sollten aber auch diejenigen, die eine Infektion durchgemacht haben, nicht vergessen. Wir müssen auch diejenigen, die diese Infektion im letzten halben Jahr überstanden haben, in dieses neue Instrumentarium einbeziehen.

Wir standen der Forderung, die Inzidenzzahlen neu zu definieren, zu Recht skeptisch gegenüber. Es blickt keiner mehr durch, wenn die Risikoinzidenz gewichtet wird, es einen R-Wert gibt, eine Positivrate der durchgeführten Tests und auch die Kapazitäten des Gesundheitssystems berücksichtigt werden und wahrscheinlich auch noch mit der Wurzel aus Pi multipliziert wird. Das Klarste ist die 7-Tage-Inzidenz. Diese bildet den besten und treffendsten Frühindikator für eine Überlastung des Gesundheitssystems, den wir haben, damit Intensivstationen nicht voll- und überlaufen. Wir haben die 7-Tage-Inzidenz in letzter Zeit auch heraufgesetzt und so an die Kapazitäten des Gesundheitswesens und an die Belastung der Menschen in unserem Land angepasst. Ich glaube, es war der richtige Weg, den Wert jetzt hochzusetzen. Die Schwelle liegt im Moment bei 100. Dies ist auch die Grenze, die der Bundesgesetzgeber einzuführen vorhat. Dies ist, glaube ich, der richtige Weg, den wir weitergehen müssen. Dieser Weg ist zielführend, nicht eine komplizierte Rechnung, bei der keiner mehr die Strukturen durchblickt; denn die Menschen müssen die Regeln verstehen, um sich daran halten zu können.

Bayern war immer Benchmark für das Corona-Management. – Lieber Herr Kollege Hagen, wo stünden wir denn, wenn wir nicht so klar gehandelt hätten? Ich darf daran erinnern: Wir haben die erste Welle – wenn man so möchte, die "nullte" Welle – sei-

nerzeit beim Webasto-Cluster gestoppt. Corona war besiegt. Dann kamen die nächsten Corona-Fälle aus Italien, Ischgl usw. über die Grenzen. Wir haben in Bayern tausend Kilometer lange Grenzen und liegen dennoch auf dem dritten Platz! Dies ist das Entscheidende. Was wir hier zustande gebracht und geleistet haben, ist ein Riesenerfolg, der auch einmal anerkannt werden muss.

Wenn ich jetzt höre – hier im Hohen Haus fächert es sich immer weiter auf –, was Herr Kollege Krahl und Frau Haubrich gesagt haben, muss ich Folgendes feststellen: Herr Kollege Krahl, ich sage es ungern, aber dies, was wir tun, ist kein planloser Zickzackkurs. Das Einzige, was uns leitet, ist das Virusgeschehen. Wenn Sie sagen, Sie wollen eine klare Linie, können Sie aus Ihrer Perspektive nur eines wollen: eine knallharte No-COVID-Strategie! Diese haben wir uns natürlich überlegt. Wir haben uns aber ganz bewusst dagegen entschieden, weil es die Menschen zu sehr belasten würde und das nicht möglich ist. Wir müssen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz wahren und achten. Die Maßnahmen müssen geeignet und erforderlich sein, aber es darf auch kein milderes Mittel geben. Maßnahmen, wie Sie sie gefordert haben, Herr Kollege Krahl, hätte jedes bayerische Gericht sofort aufgehoben. Damit wäre nichts gewonnen gewesen. Dies ist eine Politik, die an den Menschen vorbeigeht und sie erst recht planlos macht und verwirrt.

(Beifall bei der CSU)

Ich verstehe nicht, dass AfD und FDP hier gemeinsam kritisieren, dass der Bund jetzt als Gesetzgeber das Heft des Handelns in die Hand nimmt und der Bundestag ein Viertes Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite erlässt.

(Zuruf)

Hier ist doch immer gefordert worden, dass die Parlamente wieder mehr "in die Bütt" kommen und entscheiden, wohin es gehen soll! – Herr Hagen, so widersprüchlich wie

heute habe ich Sie noch nie erlebt. Sie müssen doch anerkennen, dass wir eine Notbremse nur für die hohen Inzidenzen ab 100 einführen.

(Zuruf)

Bitte beachten Sie, dass das Ganze nur zwei Monate, von Ende April bis zum 30. Juni, gelten wird. Wären Sie heute bei der Regierungsbefragung anwesend gewesen und hätten Sie zugehört, hätten Sie erfahren, was unser Gesundheitsminister Klaus Holetschek wunderbar ausgeführt hat: Wir werden uns zunächst ansehen, was in Berlin herauskommt. Dann werden wir im Ministerrat darüber entscheiden und sehen, was wir davon übernehmen können. In Berlin werden nur Mindeststandards für die Länder gesetzt. Es besteht aber die Möglichkeit, darüber hinauszugehen und auch wieder Schrittmacher bei der Bekämpfung von Corona zu sein. Ich sage Ihnen: Als CSU und auch als FREIE WÄHLER brauchen wir keine Nachhilfe, was Föderalismus angeht. Wir sind überzeugte Föderalisten. Das Subsidiaritätsprinzip ist das Fundament unseres Handelns auf Bundesebene und auf europäischer Ebene.

Meine Damen und Herren, wir leben in einer Naturkatastrophe. Wir kommen mit dem Impfen hervorragend voran. Mehr als 100.000 Impfungen pro Tag sprechen eine beredte Sprache. Auf diesem Weg gehen wir weiter. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen und allen, die impfen, den vielen, vielen Helferinnen und Helfern in den Impfzentren, den Wohlfahrtsorganisationen, die diese aufgebaut haben, aber auch den Hausärztinnen und Hausärzten, künftig den Betriebsärztinnen und Betriebsärzten sowie den Privatärzten, die wir in die Impfstrategie einbeziehen wollen, ein herzliches Dankeschön aussprechen. Impfen ist die schärfste Waffe im Kampf gegen Corona! – Wir kommen hier gut voran.

(Beifall bei der CSU)

Am Ende möchte ich zusammenfassen: Corona ist weiterhin eine Zerreißprobe für die Gesellschaft. Wir sind jetzt gefragt, zusammenzuhalten. Deshalb sage ich der großen

Mehrheit in unserem Land, die diese Verantwortung, die die Situation lokal mit sich bringt, wahrnimmt, die Entbehrungen hinnimmt,

(Zuruf)

die auf Kontakte verzichtet und die es damit ermöglicht, das Virus einzudämmen, ein herzliches Dankeschön! Das ist altruistisch, das ist rücksichtsvoll, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit!

Bernhard Seidenath (CSU): – das ist solidarisch, wie die Menschen in Tirschenreuth. Deswegen gilt der Appell:

(Zuruf)

Mit Sicherheit zur Normalität: Heimat beschützen – Freiheit zurückgewinnen –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende!

Bernhard Seidenath (CSU): – Corona besiegen! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aktuelle Stunde ist beendet.